

Die Regierungsvortreter über die militärische und politische Lage.

Reden des Reichskanzlers, Hingés und Payers.

Der Kaiser sprach im Hauptausfluß. Höchstlich hat man ihm eine andere Rede erwartet, vielleicht gemeint, er werde auf die innerpolitischen Verhältnisse, auf die Wünsche und Forderungen eingehen, die in den letzten Tagen Presse und Publikum in der Öffentlichkeit, die Parlamentarier in geschlossenen Sitzungen beschäufelten. Man wird geglaubt haben, der Kaiser werde sich Punkt für Punkt mit dem auseinanderzusetzen, was das angestrebte parlamentarische Entschließen forderte und sich zu jeder Rede die sozialdemokratische Entschließung mit ihren sechs Punkten als Unterlage nehmen. Alle, die also eine innerpolitische Klärung erwarteten, werden enttäuscht sein. In seiner langen Rede streifte der Kaiser nur flüchtig die innere Politik, er berührte sie kaum und er verhielt sich über die Stimmung, die ihn vor das Forum geladen, damit zu erklären, daß die Wehrkrisis sie hervorgerufen habe! Der Kaiser sagte eigentlich das, was er sagen mußte und was er sagen wollte, und über das, was er nicht sagen wollte, und was er über die Stimmung in Deutschland, was es über unsere Lage, über unsere Kriegs- und Friedenspolitik verriet, bringt dazu nichts Neues. Wir haben keinen Grund zum Mitleid! Er wiederholt dies uns nur wieder — ob er das Volk damit von keinem Mitleid kurieren wird? Die Gründe, weshalb wir die Lage jetzt besser beurteilen müssen, als je, sind uns ja bekannt. Aus dem Zweifelskrieg ist ein Einmüthigkeitskrieg geworden. Die Verträge mit schwächeren Völkern werden uns lehren, daß wir das Schwere überwunden haben.

Wahrscheinlich will der Kaiser aber nicht das Volk bekehren, sondern er wollte wohl die Abgeordneten dahin führen, daß ihre Parlamentarierverordnungen eigentlich aus der jetzigen Stimmung heraus nicht berechtigt sind. Wir wollen den Frieden: Was das sagt, daß der Kaiser sich von einer Hebung des Esprit in Deutschland seinen Frieden verspricht. Ebenfalls muß man aus der Rede, aus den jenen Andeutungen schließen, daß der Kaiser nicht willens ist, die jetzige Zeit, da noch keine Aufstellung alles zusammenhängen muß, dazu zu benutzen, Änderungen zu schaffen, die doch an unserer Lage nichts ändern können. Freilich liegt der Kaiser hier auf Widerrecht; man ist in den Wehrverordnungen mit ihm nicht der gleichen Meinung. Das wird die Ansprache ergeben, die sich seiner Rede anschließen dürfte. Aber der Kaiser ist doch hellwach und rechtlich geworden, dort, wo er glaubte, die Angriffe abwehren zu müssen, die ihm durchzugehen. Man hat ihm vorgeworfen, er habe sich von gegebenen Zusagen losgerissen wollen. Das streitet der Kaiser ab. Was er versprochen habe, wolle er auch halten. Und diese Versicherung, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, und das, was er über Belgien sagt, verweist sich gegen die Beschlässe der Sozialdemokraten. Sie haben gefordert, daß Belgien in Freiheit gegeben werde, und wollen sogar über Entschädigungen verhandeln. Sie verlangen ein offenes Wort über Belgien; das hat der Kaiser gesprochen. Damit wird der Kaiser jedoch wieder die deutsche Sozialdemokratie, noch die Feinde bekehren. Belgien wird eine Streiffranke bleiben. Ebenso kann man die Ausflüchtungen, die der Kaiser zu den vier Punkten Wilsons machte, als einen Versuch ansehen, seine Stellung zu erklären und zu beweisen, daß nicht das jetzige System die Schuld an der Friedensverögerung trage. Es ist ja noch bekannt, daß der Kaiser seiner Zeit sich sehr entgegenkommend zu Wilsons vierzehn Punkten äußerte und schließlich sagte, die Punkte, die noch seine Einigung erfordern, liegen sich in Verhandlungen. Zugewiesen hat man jedoch erwarten müssen, daß es Wilson eigenmächtig nicht erlaubt mit keinem Friedensprogramm war. Das wird die wertvolle Erklärung des Grafen Hertling, daß er mit der Abstimmungsforderung unpassend, ebenso mit den Schwierigkeiten, der Freiheit der Meere und dem Schutz der kleinen Nationen, wenig überein. Das müßte aber seine impaviden Widersacher, die ihm feind sind, aber er nicht nachdrücklich genug den Frieden gefördert habe, eines Weisens bekehren.

Ueberhaupt könnte die Kaiserrede die Mellen bekräftigen. Was er nach außen sagte, ist eine Warnung nach innen gewesen. „Für uns alle kam es nur ein Ziel, ein Interesse geben, den Schutz des Vaterlandes.“ Was der Kaiser als die Notwendigkeit hinstellte, wird von keiner Partei bestritten werden können. Nur der Weg, den einzelne Gruppen und Parteien einschlagen wollen, weicht ab von dem, den der Kaiser für den richtigen hält. Soviel steht wohl fest, daß der Kaiser hat es wieder bereit auszusprechen, daß er sich doch nichts anderes als die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe will. Gegen diesen Berichtungsstellen uns zu erklären ist unsere Aufgabe. Es ist aber eine innerpolitische Erneuerung dazu, die Volkstimmung aufzustand, hilft sie, die Verteidigung durchzuführen, dem Feinde die Notwendigkeit des Friedens für zu machen? Wenn diejenigen, die jetzt alle mit dem Gedanken einer Parlamentarierung spielen, selbst wirklich die Macht hätten, ihren Willen durchzusetzen, müßten sie sich nach der Kaiserrede doch überlegen, ob sie die große Verantwortung auf sich nehmen wollen.

Wir brauchen feste, geistreiche Männer als Führer und die wird uns eine Parlamentarierung noch sicherer fördern als eine schwankende monarchische Regierung. Darum fordern wir unsere Feinde die Demokratisierung, weil sie durch sie den einzigen Fels in der Brandung, unsere Oberste Seeresleitung, Hindenburg und Ludendorff, zu schlagen hoffen.

Die Rede des Reichskanzlers in der Hauptausflußung am Dienstag hat im Großen folgende Linien: Der Bund der Ausflüsse nach Russland seiner Meinung sei begründet, und es sei auch nicht zu klingen, daß in der Vorbereitung Verhältnisse herrsche. Wir allen doch nicht über, aber betonen, daß diese Bestimmungen über alles beachtliche Maß hinausgehen. Die Diskussion ist heute jedoch in einer besseren Stimmung nicht vorhanden. Die früheren Kriegeslagen waren viel schwerer. Den militärischen Führern gehe unter ganzes Vertrauen. Die Angriffe der Feinde werden nicht zum Ziele führen. Die feste Entschlossenheit, hindurchzuhalten, besteht noch heute. Munde Sorgen und Beschwerden sind auf politischem Gebiet vorhanden und die Zukunft werde uns vor große und schwere Proben stellen. Der Reichskanzler fuhr fort: Ich habe das höchste Recht, die gegebenen Zusagen einzubringen. Was die

Wahlrechtsfrage betrifft, so beruhe ich auf die von mir abgegebenen Erklärungen. Die geordneten Organe müssen sich zunächst entscheiden, aber wir sind entschlossen, die Wege zu gehen, die geboten sind. Als wir in Belgien

erschlichen, haben wir geschriebenes Recht verlehrt, aber es gibt ein Recht der Notwehr. Die höchste Autorität was bereits, was notwendig festgehalten wurde, durchdrückt. Wir führen den Krieg der Verteidigung. Wir haben nie daran gedacht, Eroberungspläne zu verfolgen. Die Feinde behaupten das Gegenteil. Aber wir wissen es besser. Der Reichskanzler ging dann auf die Ursachen des Krieges ein und sagt: Die russische Militärpartei legte die Punkte an den vorhandenen Zusammenstoß. Durch Willen und Bestürmungen ist die Wahrheit verdrängt und maßloser Haß insoweit gegen Deutschland erregt worden. Die letzte Hezrede Clemenceaus übertrifft alles. In Amerika herrscht eine vollkommen falsche Auffassung über unsere deutschen Verhältnisse. Der Reichskanzler kritisiert dann die von England verfolgte Politik und sagt: Die Feinde werden einsehen, daß sie unseren Willen nicht durchsetzen können und sie werden schließlich dem Frieden geneigt werden. Ein

Die Pläne, Abrede nicht unmöglich zu machen, werden erzwungen. Der Vorkriegsbescheidene ist uns impathisch unter der Voraussetzung, daß allen Völkern Gerechtigkeit wird. Die von Wilson aufgestellten vierzehn Punkte habe ich prinzipiell als Unterlagen für Verhandlungen betrachtet. Wenn es ein Friedensstreben das Haupt des amerikanischen Imparitätsismus geworden. Der Reichskanzler nahm sodann Stellung zu den einzelnen Punkten Wilsons in ähnlicher Weise, wie er es bereits in seiner damaligen Reichsrede getan hat. Er sympathisiert mit den Forderungen einer Abstellungsbeschränkung, des Schiedsgerichtes, der Freiheit der Meere und dem Schutz der kleinen Nationen. Die Schwierigkeiten liegen nicht bei uns. Er wünschte und hoffte, daß der Gedanke des Wehrbundes immer mehr Boden gewinne, aber die überflüssigen Antworten auf die Wilson-Notiz seien, was die Feinde wolle.

Am Stelle des Kriegeministers erklärte General v. Briesberg die allgemeine Kriegslage.

Er führte aus: Unsere Angriffsoptionen beiderseits sind im Weichen, weil der ungeschlossenen Fronte, die Wehrkraft, nicht gelang, auf sich selbst Erfolg zu haben. Mit dem Einsetzen unserer Offensive trat eine wertvolle Veränderung der Gesamtlage ein. Wir müßten uns auf Abwehr einstellen und unsere Front zurücklegen. In neuen Stellungen können wir aber mit vollem Vertrauen weitere Angriffe des Feindes erwarten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß wir als Verteidiger eine erhebliche Zahl von Gefangenen und Geschützen eingeschloß haben, wir können aber mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß der Feind seine Erfolge nur in den ersten Angriffslagen durch Ueberzahl mit geringen Verlusten erreicht, daß er aber im übrigen die schwersten Verluste erlitten hat. Auch die amerikanischen Heere dürfen uns nicht fürchten. Wir werden auch mit ihnen fertig. Bedeutungslos war für uns die Frage der A. A. Wir sind dagegen ausreichend gerüstet. Die Landwehrrüstung ist bewährte mehr eine Nervens als eine Getriebe.

In Madagonsien gelang es den Gegnern, die bulgarischen Streitkräfte an einer Stelle nicht unweitlich zurückzudringen. Die bulgarische oberste Seeresleitung hat sich nach der glänzenden Wehr des englischen Angriffes am Dardanellen-Gezungen, ihre Verteidigung weiter zurück zu verlegen.

In Bosnien wurden am 19. September die türkischen Streitkräfte aus ihren bisherigen Stellungen geworfen. Wie sich die Lage weiter gestalten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Die feindlichen Heeresberichte müssen jetzt mit großer Vorsicht gelesen werden. Sie sind benutzt auf die Zermürbung unserer Stimmung zugeschnitten, bringen daher starke Uebertreibungen. Voll Vertrauen steht die Oberste Seeresleitung und Seeresverwaltung den künftigen Ereignissen entgegen. Wir haben keine Verluste, zu verzeichnen. Ein fester deutscher Wille führt zum ehrenvollen Frieden.

Siezons äußerte sich Kapitan zur See Brünninghaus über

Die militärische Lage zur See:

Unsere Lage sieht gut! Die Anzahl der Torpedos über den Bestand des U-Bootes gründet sich auf zwei Faktoren: Einmal, daß unsere U-Boote mehr Schiffsraum besitzen, als das andere, während die Bedürfnisse unserer Gegner ständig wachsen. Ich halte ausdrücklich fest, daß die Zahl der im Dienste befindlichen U-Boote heute größer ist als in irgend einer Zeit des Krieges. Durch die Ereignisse an der Westfront ist das Interesse in der Öffentlichkeit für die Ereignisse zur See bei uns etwas in den Hintergrund getreten, in England ist dies nicht der Fall. In England verfolgt man alle Weiten des U-Bootekrieges mit gespannter Aufmerksamkeit. Es scheint mir dies als der beste Beweis dafür, wie wenig einschüchtlende Reize in England und das geradezu löstliche Gebröde von der überwindlichen U-Bootegefahr geben. Man kann über die Notwendigkeit unseres U-Bootekrieges denken, was man will, die Marine ist nach wie vor überzeugt, daß es das einzige Mittel ist, die Angellischen zur Vernunft zu bringen. Noch der bei uns in der Marine herrschenden Aufbruchslage England vor etwa Jahresfrist vor der Schicksalsfrage, es es nach den unangenehmsten Schicksalen, die seinen Lebensretter, den Vertrauen, getroffen hatten, auf einer verhängnisvollen Grundlage stehen könnten. Man muß auch hier den U-Bootekrieg in seinen Wirkungen als Ganzes betrachten und sich nicht etwa dadurch in Irrtümern lassen, wenn einmal einige Tage oder auch ein Monat in ihren Ergebnissen aus dem Rahmen herausfallen.

Sobald sprach der Staatssekretär des Auswärtigen von Hingés über

Die außenpolitische Lage.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht die jüngste Aufforderung Oesterreich-Ungarns. Eine Form es vor, als ob der europäischen Zeitpunkt, in dem der Feind in einer Krisissphäre einen Siegespunkt begründet, nicht gerade der geeignete wäre, untererichts mit einer neuen Aufforderung zum Frieden heranzutreten. Inzwischen haben wir in Uebereinstimmung mit unsern Bundesgenossen, des Türkei und Bulgarien, uns dahin ausgesprochen,

daß wir dem Schicksal der Oesterreich-Ungarischen Regierung mit größter Sympathie gegenübersehen.

Ich gebe lieber zu den Staaten, mit denen wir in Frieden leben, die als neutral gelten. Zunächst der größte von ihnen: Großbritannien.

In Großbritannien brodelt der Geist der Revolution weiter. Die Revolution wird in Russland benötigt durch das Vorgehen der Feinde, der Entente und Amerika. Die Entente und Amerika haben im Norden von Russland einen selbständigen Staat gegründet, den Kola-Staat. Ebenso hat es in Urgangest eine neue Republik unter ihrer Regie gegründet. Die bolschewistische Regierung hat sich gegen die Unternehmungen unserer Feinde im Norden gewehrt. Wir haben untererichts uns ebenfalls darauf eingestellt, solchen Unternehmungen, falls sie uns bedrohlich sind, zu begegnen. Wir können sagen, daß jetzt im Norden angeht und im Süden davon die Engländer, Amerikaner, zum Teil auch die Italiener bereits vorgegangen sind. In ihrem Solge haben auch Note geschrieben. Das ist ein weiterer Vorbringen werden, ist nicht recht angemessen. Das Klima und die sonstigen Verhältnisse stellen sich dem entgegen.

Unter der neuen Staaten, mit denen sich Russland auseinandersetzen will, ist

Finnland. Verhandlungen über das Verhältnis beider benachbarten Staaten zueinander sind hier in Berlin aufgenommen worden. In letzter Bemühungen, sie zum Ausgange zu bringen, sind zeitweise feindseligungen. Wir haben aber Hoffnung, annehmen zu dürfen, daß dieser zeitweilige Feindschlag kein endgültiger sein wird.

Die Ukraine. Ich trete in erfreulichem Maße in seiner Konsolidierung weiter. Die Ukrainer arbeiten darauf hin, ein selbständiges, lebensfähiges, starker Staat zu werden. Wir können diese guten Absichten begrüßen.

Der Staatssekretär sprach nun die Vorgänge in Estland, Litauen und Kaufasien, wo der erstere russische General Mierow eine Armee von 100 000 Mann gebildet hat, die aber Mangel an Munition leidet. Er befindet sich aber in einer recht abgeschlossenen Stellung, so daß er kaum noch Geld bekommen kann von den Feinden, da er von allen Verkehrswegen abgeschnitten ist. — Mit den

anderen neutralen Mächten

leben wir in normalen Beziehungen. Es ist nicht zu verkennen, daß in allerjüngster Zeit die Absicht der Entente in den neutralen Staaten eine uns nachteilige Stimmung hervorgerufen, gewisse Erfolge gehabt haben. Wir brauchen das nicht zu übersehen. Die meisten Länder haben in wirtschaftlicher Beziehung ein großes Interesse daran, mit Deutschland auch künftig gute Nachbarschaft zu halten.

Sodann ergriß Vizekanzler v. Payer das Wort: Die staatsrechtlichen Verhältnisse im sogenannten Balkanraum

Furland, Slowan und Estland

formen bis jetzt geregelt werden. Es ist in den vor einigen Wochen ratifizierten Nachträgen zum Friedensvertrage von Versailles und Russland seine Zustimmung zu der Unabhängigkeit dieser Länder. Unter Wunsch ist, mit ihnen im guten freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Die weitere staatsrechtliche und politische Gestaltung der Länder liegt in ihrer Hand. Ueber die Form der künftigen Regelung der Balkanraum gehen die Meinungen dort wie in Deutschland weit auseinander. So sprechen gegen die dreigliedrige und dreigliedrige Lösung in Form der Balkanunion mit Freuen von dem Standpunkte des Feindes aus moralische politische Gründe, so daß diese Lösung keineswegs als feststehend angesehen werden kann. Die Regelung der Verhältnisse in Litauen ist leider nicht mit der erhofften Schnelligkeit vor sich gegangen. Die japanischen Kandidaten wollen von Russland los, sie wollen nun in Deutschland. Noch sind ja alle diese Dinge in einem gewissen Fluß, das trifft auch für Polen zu. Nicht mit Unrecht hat Staatssekretär Dr. Solf meinetwegen den West-Ost-Friedensvertrag als eine Art Rahmen bezeichnet. Über Wahrscheinlichkeit nach werden auch die gegen einmal die noch existierenden Verhandlungen mit dem West-Ost-Friedensvertrag nach diesen Verhandlungen mit dem Vertrag auch dieses Krieges werden. Was fehlt wäre es aber, die Verträge als solche, also auch zu weit die Beziehungen zwischen den Vertragschließenden redden, ohne Not der Einmischung uns feindlicher Elemente preisgegeben. Die Aussprache wurde auf Mittwoch vormittag vertagt.

Presestimmen zur Kaiserrede.

Die gestrigen Ministerreden haben, so schreibt der „R. A. M.“, bei den unmittelbaren Zuhörern keinen sonderlich heißen Eindruck hinterlassen. Das „Berl. Tagbl.“ meint sogar, die Freunde des Grafen Hertling erklärten, seine gestrige Rede sei im höchsten Grade uninteressant.

Die „Börzenzeit.“ spricht von einer verheißenen Komplexion.

Die „Voll. Ztg.“ schreibt: Der Staatsmann, der Führer sein und bleiben wollte, mußte sich mit dem sozialdemokratischen Programm und Verkenntnis auseinandersetzen. Der Reichskanzler hat keines von beiden erwählt.

Man könne, schreibt der „Vorwärts“, sagen, daß sich durch die gestrigen Reden die Luft zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung nur noch verberbert habe.

Die Vertagung des Hauptausflusses.

Berlin, 25. Sept. Laut „Voll. Ztg.“ nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß die Beratungen des Hauptausflusses am Sonntagabend zu Ende gehen werden. Andere Blätter sprechen von Donnerstag oder Freitag.

Beisprechungen bei Hingés.

Berlin, 25. Sept. Wie der „R. A. M.“ hört, hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hingés hier gestern nachmittag Einladungen an die Mitglieder des Hauptausflusses ergeben lassen, um ihnen über eine Reihe von wichtigen Formensachen politischer Natur der letzten Zeit Aufklärung zu geben.

Hertling und Payer.

Hamburg, 24. Sept. Die „N. N. Hamb. Ztg.“ meldet von parlamentarischer Seite, daß, falls die Wehrverordnungen dem Weggehen des Kanzlers verweigern, auch Vizekanzler v. Payer und General Briesberg gehen würden.

Die Schlacht im Westen.

Die Offensive bei St. Mihiel verfauldet.

Jülich, 24. Sept. Die „Morning Post“ bezeichnet die Offensive bei St. Mihiel als völlig verfauldet.

Die Gerichte über Räumung Elsaß-Lothringens.

Berlin, 24. Sept. (Mittl.) In der Heimat laufen in den letzten Tagen Gerüchte um, die sich mit der Räumung von Teilen von Elsaß-Lothringens beschäftigen. Diese Gerüchte sind nicht begründet, da die vor einigen Tagen erlassene und amtlich bekannt gegebene Verordnung von Weg und anderer Stellen Veranlassung gegeben haben, zum Schutz des Lebens und der Vermögenswerte der Einwohner Vorbereitungen zu treffen, um solche Orte besetzt zu können, die innerhalb des Feuerbereiches der weittragenden feindlichen Geschütze liegen. Diese Vorbereitungen werden planmäßig mit allen Möglichkeiten, die mit der militärischen Notwendigkeit vereinbar sind, eingeleitet und später durchgeführt werden.

240 000 englische Tote und Verwundete.

Haag, 24. Sept. Mit dem vorgelegten in Holland eingetroffenen Geleitwege gingen Nachrichten ein, die besagen, daß England im Juli und August 240 000 Tote und Verwundete verlor, davon 180 000 Mann Infanterie. Der Mangel an Nahrung und Krankentransport legte äußerst stark spürbar zu werden.

Kraftvolle deutsche Gegenangriffe.

Jülich, 24. Sept. Der „Für Angosa“ schreibt: Die Deutschen sind zu großen und kraftvoll geführten Gegenangriffen übergegangen, denen die Alliierten mit Mähe widerstehen. Im Westen im Osten liegen sich die Gegner besonders scharf und kampfbereit gegenüber.

Im Western „Für“ schreibt Stogemann: Die neuerlichen heftigen Gegenangriffe der Franzosen an der Düne und an der Nordfront von Verdun müssen als Wende in der neueren Kriegsgeschichte angesehen werden. In der ganzen Front, ausgenommen in Nordspanien und in der Champagne, sind die alliierten Truppen gewaltsam durchbrochen worden, um jeden Preis die Entscheidung binnen kurzem herbeizuführen.

Die Rekrutierung in Irland mibilligen.

Rotterdam, 23. Sept. Der „N. Holl. Cour.“ meldet aus London: Man erwartet, daß beim Wiederaufbau des Parlaments am 12. Oktober eine förmliche Verordnung zur Einführung der Dienstpflicht in Irland erlassen wird, die, wenn das Parlament nicht dagegen auftritt, 14 Tage später in Kraft treten wird. Die freiwillige Rekrutierung ist vollständig mibilligen und hat statt der erwarteten 50 000 Mann nur 7000 Mann ergeben.

Ein deutscher Protest in Moskau.

Berlin, 24. Sept. Der deutsche Generalkonsul in Moskau hat bei der Rekrutierung Protest dagegen erhoben, daß eine Anzahl von Reichsangehörigen und Schutzgenossen von den russischen Behörden verhaftet worden sind, ohne daß ein erkennbarer Grund zu ihrer Verhaftung Anlaß gegeben hätte. Besonders ist in dem Protest hervorgehoben, daß zwei dem Schutze des Generalkonsulats unterstehende Polen ohne vorherige Mitteilung erschossen worden sind, obwohl das Generalkonsulat sich gerade nach dem Schicksal dieser beiden Verhafteten erkundigt hat. Der Generalkonsul hat in dem Protest in energischer Weise darauf gedrungen, daß Personen, gegen die keine ausreichenden Verdachtsgründe vorliegen, sofort freigelassen werden.

Nach die französische Regierung hat wegen der Verhaftung einer Anzahl ihrer Staatsangehörigen bei der Sowjetregierung Protest erhoben.

Hierzu schreibt uns unser Berliner Vertreter: Der Protest darf nicht etwa als der Beginn einer Spannung zwischen Russland und Deutschland aufgefaßt werden. Noch immer gibt es ja an den Grenzen, Schwächen, und noch immer hat die Sowjetregierung nicht die Macht, sowohl der Schächeren und Eisenmächtigkeiten an den Fronten, wie auch im Inneren des Landes Herr zu werden. Sie bemüht sich gewiß, die Deutschen in Russland zu schützen. Doch sie aber noch mehr Gewicht auf den Schutz der Deutschen legt, bezweckt der Protest. Es ist auf anzunehmen, daß die Sowjetregierung den Protest so aufweist, wie er aufgesetzt werden muß, und uns die Aufklärung gibt, daß sich auch in dieser Hinsicht das freundschaftliche Verhältnis beider Länder zuwider zeigt. Freilich beweisen diese Vorermittlungen uns, wie schwach die Sowjetregierung ist; denn gewiß hat sie bereits angeordnet, daß die Deutschen schonend zu behandeln sind. Aber in Russland führt jeder der Sowjet auf eigene Faust zu bestimmen, daher können sich solche Unangenehmlichkeiten ergeben.

Die Lebensmittelnot in Petersburg.

Kopenhagen, 24. September. (Privat.) Die Lage in Petersburg auf dem Lebensmittelmarkt ist immer noch schlimm. Daher hat sich die Regierung zur Regelung der Verteilung von Lebensmitteln gezwungen gesehen. Aber auch diesmal werden die Arbeiter vor anderen bevorzugt. Sie erhalten täglich ein Viertel Pfund Brot und fünf Heringe, die Büroangestellten erhalten täglich nur ein aches Pfund Brot und fünf Heringe, die freien Berufe müssen mit drei Heringen ohne Brot auskommen und die übrigen werden dem Hungertode preisgegeben, denn sie erhalten nichts.

Kiew, 24. Sept. (Sowjetische Post) berichtet aus Petersburg, von der Eröffnung des ehemaligen Ministerpräsidenten unter der zaristischen Regierung Trepow.

Levin wiederbergestellt.

Moskau, 24. Sept. Levin, der sich am 16. Sept. abgehaltene Sitzung des Zentralerziehungsausschusses beteiligte, ergriff Luzas das Wort und dankte den Anwesenden für die ihm bezogene Treue und Anhänglichkeit.

Wo ist der amerikanische Generalkonsul?

Kopenhagen, 24. Sept. (Privat.) Die Vereinten Staaten haben den Vertreter einer neutralen Macht erlaubt, wegen des amerikanischen Generalkonsuls in Moskau zu interpellieren. Man ist nämlich in Amerika ohne Nachdruck von

ihm gebieten, er soll von den Bolschewiken verhaftet werden sein.

Der neue japanische Ministerpräsident.

Wafel, 24. Sept. Zum Nachfolger Terataschi wurde Maraschi Satomi ernannt. Dieser ist ein Schüler französischer Weisheit. Seine Ernennung bedeutet in außenpolitischer Beziehung die erneute Betonung des freundschaftlichen Verhältnisses Japans zur Entente.

Der rumänische Kronprinz bekräftigt.

Jassy, 24. Sept. Kronprinz Carol von Rumänien ist von König als Oberbefehlshaber der Armee wegen Vergehens gegen die militärischen Vorschriften mit 75 Tagen strengem Arrest bestraft worden. Der Strafvolzug hat seinen begonnen.

(Der Kronprinz hat sich, wie gemeldet, ohne Vorwissen seiner Eltern, mit einer chemischen Hofdame seiner Mutter verheiratet. Damit ist die Dynastiefrage in Rumänien erneut aufgetaucht.)

Eine geplante Schweizer Friedensaktion.

Bern, 24. September. (Privat.) Wie das „Bernertelligenzblatt“ erfährt, hat tatsächlich im Schweizer Bundesrat die Absicht bestanden, eine Friedensaktion vorzunehmen. Man dachte an eine öffentliche Kundgebung für den Frieden und daran, die Vermittlung der Schweiz zu empfehlen. Die westschweizer Nationalräte waren jedoch in der Lage, die Pläne des Bundesrats rechtzeitig zu verhindern.

Eine deutsche Anleihe in Norwegen.

Christiania, 24. September. (Privat.) Hier ist eine deutsche Anleihe über 30 Millionen Kronen abgeschlossen worden. Bezugsländ machte die Anleihe als Bedingung für das neu abgeschlossene Handelsabkommen zwischen Norwegen und Deutschland.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Ausgabe von Lebensmitteln: 10 Gr. Loh Suppen und 100 Gr. Varnelche ab 26. September. Butter- und Margarineverkauf: am 26. September bei Schul-, Weiche Mauer, Reichsmarkt, Reimarkt, Käthe, Markt und Schanze, Kleine Mittelstraße.

5000 Mk. zu Weihnachtsgeschenken für unsere Truppen im Felde. Der Magistrat hat folgenden Beschluß gefaßt: Zur Beschaffung von Weihnachtsgeschenken für die Truppen im Felde, insbesondere des 3. Bataillons 3. Inf.-Reg. 158 werden aus Teil 9 der Ausgabe des Kriegshaushaltes 5000 Mark und die Kosten der betreffenden Karten bewilligt.

Aus der Begründung der Vorlage durch den Magistrat ist zu entnehmen, daß für Geld und Kredit wieder 10 000 Pakete zu je 5 Mk. hinausgeschickt werden sollen und zwar abermals einheitlich durch den Vaterländischen Frauenverein. Einer Anregung des Vaterländischen Frauenvereins folgend, soll jedem Pakete eine Karte hinzugefügt werden, auf der ersichtlich ist, daß die Stadtgemeinde der Werkschura während des Krieges 8 Mk.

Der erhöhte Wertpreis in Merseburg.

Der Verein der Gastwirte für Merseburg und Umgebung macht im Ansehung der vorliegenden Nummer bekannt, daß seine Mitglieder infolge der neuen Biersteuer gezogen sind, den Aufnahmepreis für biere Bier auf 30 Pf. pro Glas zu erhöhen.

Nachversicherung der im Besitz der Privat Haushalte befindlichen Weine.

Wie bereits mitgeteilt, müssen die im Besitz von Privat Haushalten befindlichen Weine jetzt nachversicherung werden. Die ausgesetzten Nachversicherung sind aber nicht, wie das irrtümlich übersehen ist, an den Vorsitzenden der Steuer-Verwaltungskommission, sondern an das Kgl. Postamt hier, Weinsteuereinsicht (im Hause des Schatzbesitzer Helios) einzubringen.

Ein Verkauf von Henkeln

findet seitens der Landwirtschaftskammer am Sonnabend, 28. d. Mts., vormittags 10 Uhr in Halle, Stadthof Schlachthof statt.

Industrieausstellung.

Dem Artilleristen Arthur Hencke, Sohn des Galtwitsch (Wergalshöhen) hier, wurde das Ehrenglied verliehen. Der älteste Sohn desgleichen die Auszeichnung ebenfalls.

Die Dom-Franzosenhilfe

hat Sonntag-Nachmittag 4 Uhr in Mittels Galtshaus eine Versammlung ab.

Tivoli-Theater.

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Die Dienstag-Vorstellung von „Volendin“ war zunächst staggig gelaufen, da der Wahlspruch aus Jena infolge unglücklicher Zugverbindung verspätet eintraf. Schließl. konnte die Vorstellung aber doch noch stattfinden. Ein Teil der Besuche, welche Sonntag nach Jena aufgefunden, zu behalten, die übrigen Galtshaus bis zur nächsten „Volendin“-Vorführung. Ein derartiges Vorkommnis wird nicht wieder eintreten, da die Galtshaus verpflichtet haben, frühere Bälle zu bringen. Donnerstag-Bremienabend der „Lustige Plöck“, 260 Frauen. Der Galtshaus tritt an diesem Abend zum letzten Male auf. Am Sonntag findet die Eröffnung der „Eiseren Schützlinge“ „Waltshaus“-Kommissionen Operette „Der tapfere Soldat“ statt. Diese Operette übertrifft noch an Weidlichkeit dem „Waltshaus“. Das Liedchen ist nach der bekannten Komödie „Neben“ von Cham. Die Operette spielt zur Zeit des ferdinand-burgundischen Krieges.

Zur Neueingliederung der Eisenlieferung. Die bisherige Art der Bewirtschaftung der Eisen hat wieder die Zustimmung der landw. Erzeuger, noch die Befriedigung der landw. Verbraucher erzielt. Die mit ihr gemachten Erfahrungen haben den Beweis erbracht, daß die Zwangsbeschaffung neben einer ganzen Reihe von nicht näher zu veräußernden technischer Schwächen vor allem auch zu einer sehr geringen Anlieferung von Eisen geführt hat. Fast noch schlimmer war die mit ihr verknüpfte starke Verbilligung der Erzeugnisse, die naturgemäß den Höchsten erreichen mußte, als auf die Nichtlieferung der Eisen die Entziehung der Zuckers- und Weizenlieferungen als Strafe gesetzt wurde, was wiederum die Folge hatte, daß insbesondere in den kleinen Städten und Dörfern massenhaft Säcke zur Anlieferung gelangten, die die Gefäßtüchtigkeit auf diese Weise allen Unannehmlichkeiten überhoben waren, ihre Zuckers- und Weizenlieferungen wieder erhielten und außerdem von ihnen zufließen.

den Kommandanten mit Eisen besetzt werden mußten. Die öffentliche Bewirtschaftung hat aber auch weiterhin in einer Reihe anderer Richtungen nur schadhafte Ergebnisse zu verzeichnen. Es ist deshalb auf das Bedauern zu begründen, daß der Reichsausschuss Staatskommission für Volksernährung in einem anläßliche Kommandantenbesitz der Eisen bestimmt hat, daß öffentliche Bewirtschaftung der Eisen besetzt werden mußten. Die öffentliche Bewirtschaftung der Eisen für den öffentlichen Bedarf (Eisen für öffentliche Gebäude) ist unmittelbar an Verbrauchern zu leisten. Die öffentliche Bewirtschaftung der Eisen für den öffentlichen Bedarf (Eisen für öffentliche Gebäude) ist unmittelbar an Verbrauchern zu leisten. Die öffentliche Bewirtschaftung der Eisen für den öffentlichen Bedarf (Eisen für öffentliche Gebäude) ist unmittelbar an Verbrauchern zu leisten.

Wir haben also hier zum erstenmal den Versuch, das sozialistische System der Zwangsbeschaffung, wenn auch nur auf einem beschränkten Gebiete, zu durchbrechen. Der Versuch wird, so wie es jetzt vorgeht, sich zweifellos nicht vollziehen; daß hätte man den Erzeugern erheblich weiter entgegenkommen müssen. Die Maßnahmen des Eisenbeschaffungsamtes ist aber als Weg einer Ueberleitung in die Preisbewirtschaftung zu begrüßen; das richtige bleibe noch vor die öffentliche Preisstellung des Eisenhandels. Die mit der jetzt einleitenden Regelung zu machenden Erfahrungen werden zeigen, ob man nicht viel besser dazu übergeht, die Eisen zu beschaffen, die mit glatten Maßnahmen, wie sie jetzt bei den Eisen beschaffen werden, auch auf anderen, ebenfalls ebenso wichtigen Gebieten der Ernährung vorgegangen wird. Ist nur erst Grund der Einstich in die Unzufriedenheit der bisherigen Zwangsbeschaffung der Eisen, so steht die Zwangsbeschaffung zu verlassen. So kann auf diesem beschränkten Gebiete nicht ein Schritt zu weiteren einschlägigen Maßnahmen, noch auf anderen Gebieten nicht drängen. In diesem Sinne ist der Erfolg des Eisenbeschaffungsamtes zu begrüßen.

Düsen Arzteeigenen trotz Räumung wohnen bleiben?

Zu der am 1. Oktober wieder getragenen Frage, ob Arzteeigenen trotz Räumung wohnen bleiben dürfen, schreibt eine öffentliche gemeinnützige Arbeitsgemeinschaft: An den Wünschen des Mieters, nach erfolgter Räumung, auch wenn der Mieter Arzteeigenennehmer oder die Ehefrau eines solchen ist, ist durch den Arzteeigenen nicht gehindert worden. Der Vermieter kann daher Arzteeigenennehmer und Arzteeigenen die Wohnung kündigen. Sie haben dann die Wohnung zu räumen, gleichviel, ob sie eine andere Wohnung gefunden haben oder nicht. Schwierig ist nur die Durchführung der Räumungslage. Hat der bei einem mobilen Truppenteil dienende Obermann der Wehrmacht allein untergebracht, so sieht ihn nach Einstellung der Räumungslage der Schuld des Arzteeigenen nicht an. Die Räumungslage, nach dem das Verfahren unterbreitet wird. Der Vermieter kann also gegen den Arzteeigenen sein Räumungsurteil erlangen. Nimmt der Vermieter die juridischste Ehefrau des Arzteeigenen zur Räumung in Anspruch, so kann er dies nur, wenn entweder sie allein gemietet hat, oder beide Ehegatten gemeinschaftlich gemietet haben. Die öffentliche Arbeitsgemeinschaft ist der Meinung, daß die Ehefrau des Arzteeigenen, solange unzulässig, als nicht der Eigentümer zur Durchführung der Zwangsbeschaffung vernichtet wurde. Dieser letztere Fall steht aber wieder das Gesetz vom 4. April 1914 entgegen. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Räumungslage haben bei diesen Mieters die fache Ansicht erzeugt, daß Arzteeigenen, die der Zwangsbeschaffung trotz Räumung die Wohnung nicht zu räumen brauchen, Arzteeigenen oder deren Ehefrauen kann in allen Fällen der Räumung nur geraten werden, sich nach erfolgter Räumung unverzüglich an das zuständige Räumungsamt zu wenden, damit dieses Räumung für unwirksam erklärt.

Freilegung der Reichsration der Selbstverpflegung.

Entsprechend der vom 1. August 1918 ab erfolgten Verringerung der wöchentlichen Reichsration für die verpflegungsberechtigte Bevölkerung hat der Reichsleiter der Reichsrationen durch den Reichsminister vom 20. September 1918 eine die Ehe für die Selbstverpflegung festgelegt, so daß ein Selbstverpfleger in Zukunft 400 Gramm Schmalzviehfleisch, gleichviel welcher Art, oder Wildpret in der Woche für sich verwenden darf. Die Neueingliederung tritt mit dem 26. September 1918 in Kraft. Für Sachverständigen, die vor diesem Zeitpunkt vorgenommen sind, verbleibt es bei den bisherigen Räumungsverordnungen.

Mehr als 7400 Volkshilfsstellen sind im August dem Volkshilfsamt des Reichs-Volkshilfsamtes beigegeben. Jedes ein erstellte Volkshilfsstelle ist Zeugnis ab von den Bezüglern ihrer Einweisung. Die Zahl der Volkshilfsstellen hat Ende August 230 000 überschritten. Auf den Konten sind im August 1918 Milliarden Mark umgelegt worden, davon 8,745 Milliarden der 73,6 v. S. barlos. Das durchschnittliche Guthaben der Volkshilfsstellen im August betrug auf 738 Millionen Mark. Barlos zu Verfügung eines Volkshilfsamtes sind bei jeder Volkshilfsstelle erhältlich.

Wettervorhersage

Donnerstag, 26. Sept.: zunehmende Bewölkung, mäß. Wiedereintritt von Regen.

Letzte Depeschen

Die russische Schwarzmeer-Flotte im Mittelmeer.

Genf, 25. Sept. (Eig. Draht.) Das Schicksal der russischen Flotte im Schwarzen Meer hängt an, die Franzosen zu unterstützen. „Novelle des Lyon“ hebt hervor, daß eine neue Lage der Marine im Mittelmeer geschaffen sei. Man könne annehmen, daß die russische Flotte aus zwei Kriegsschiffen, fünf oder sechs Dampfschiffen, zwei Kreuzern und zahlreichen Zerstörern und U-Booten bestehe. Diese Flotte würde ohne Zweifel demnach im Mittelmeer erscheinen und sich mit der türkischen Flotte vereinigen. Die Stärkung des Feindes durch die russische Flotte ist nicht zu unterschätzen, da sie eine neue Stütze für ihn im Mittelmeer und Ägäis-Meer bilden, wo alle Transportheften der Alliierten nach Salonik passieren müssten. Das Lyoner Blatt hofft nichtdeutlicher, daß die Alliierten über genügend Schiffe im Mittelmeer verfügen, um der feindlichen Flotte Widerstand zu leisten.

Die Untätigkeit an der amerikanischen Küste.

Berlin, 25. Sept. (Eig. Draht.) Unter den letzten Opfern der U-Boote an der amerikanischen Küste befinden sich noch amerikanische Wälfen der amerikanischen Dampfer „Niles“ (500 Ton.), der am Dampfer „Wander“ (1100 Ton.) der englische Dampfer „Bliss“ (500 Ton.) der Dampfer „Erie“ und 43 Fischdampfer. Die Transporthilfen dieser von den amerikanischen Wälfen vor jetzt ab nicht mehr veröffentlicht werden. Nach der Reuters „Nation“ ist das größte der verbleibenden Handelsfahrzeuge 8200 Ton. groß gewesen. Insgesamt sind bis jetzt 61 Schiffe, darunter 5 über 2000 T. versenkt worden.

London George noch erholungsbedürftig.

Amerdam, 25. Sept. (Eig. Draht.) Einem tiefsten Platz zufolge ist Lord George aus Wandsworth nach London zurückgekehrt. Er will zur Erholung aus Land gehen.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

